

## Interview – Berliner Zeitung – 19. August 2008

### "Maut-Einnahmen für mehr Schienenwege"

#### Der Bremer Verkehrssenator Reinhard Loske unterstützt die geplante Erhöhung der Lkw-Gebühr

*Jörg Michel*

*Die Bundesregierung will im Rahmen ihres zweiten Klimapaketes die Lkw-Maut erhöhen. In den Ländern, die den Plänen zustimmen müssen, ist das sehr umstritten. Am Mittwoch wird sich eine Sonderkonferenz der Verkehrsminister mit der Maut befassen.*

*Herr Loske, unterstützen Sie die geplante Erhöhung der Lkw-Maut?*

Ja. Die Maut-Erhöhung ist aus drei Gründen wichtig: Wir brauchen das Geld zum Erhalt der Straßen und zum Ausbau unseres Schienennetzes. Zum Zweiten ist die Mauterhöhung ein wichtiger Schritt, um mehr Güterverkehr auf umweltfreundliche Träger wie die Schiene zu verlagern, was sehr wichtig zur Erreichung unserer Klimaschutzziele ist. Außerdem haben wir gerade in Ballungsräumen ein hohes Interesse daran, die Schadstoff- und Feinstaubbelastung der Bürger zu reduzieren. Die geplante Spreizung der Maut nach Schadstoffklassen ermöglicht genau dies.

*Wohin sollte das Geld Ihrer Meinung nach genau fließen?*

Wir brauchen deutlich mehr Schienenwege, um den zunehmenden Güterverkehr von den Häfen ins Landesinnere zu verbessern. Ein Teil des Geldes wird auch zum Erhalt und zur Verbesserung der Straßen nötig sein.

*Viele Unionsgeführte Länder, angeführt von Hessen, lehnen die Erhöhung mit Blick auf die hohen Spritpreise aber strikt ab.*

Darüber wundere ich mich sehr. Mit meinem hessischen Kollegen Alois Rhiel arbeite ich oft gut zusammen, etwa wenn es um fairen Wettbewerb auf den Schienen- und Strommärkten geht. Bei der Lkw-Maut vertritt er aber eine Position wie aus der Steinzeit. Man kann die ökologische Dimension doch nicht völlig ausblenden.

*Kritiker befürchten Wettbewerbsverzerrungen bei den Spediteuren.*

Die Maut soll für alle Anbieter erhöht werden. Wo ist denn da die Wettbewerbsverzerrung? Auch die ausländischen Spediteure werden zur Kasse gebeten - und die fahren oft ältere Lkw.

*Die Unternehmen klagen über steigende Kosten und fürchten den Verlust von tausenden Arbeitsplätzen. Nehmen Sie das nicht ernst?*

Klappern gehört zum Handwerk. Die Maut sollte ohnehin erhöht werden, von 12 auf 14,5 Cent je Kilometer. Nun geht es um weniger als zwei Cent mehr. Das halte ich für angemessen. Die Spediteure können den Großteil der zusätzlichen Kosten wieder einsparen, wenn sie ihre Fahrzeuge schnell modernisieren. Wenn alle Euro-2 und Euro-3-Lkw mit

Partikelfiltern nachgerüstet werden, dann sinken die Mautgebühren deutlich. Außerdem gehen die Rußemissionen um 70 Prozent zurück. Und der Wert der Fahrzeuge bleibt erhalten.

*Die Umstellung würde die Unternehmen aber mit erheblichen Anfangsinvestitionen belasten.*

Nicht unbedingt. Die Bundesregierung fördert gleichzeitig die Umrüstung auf schadstoffarme Lkw.

*Könnte die Bundesregierung die Mittel für den Erhalt und Ausbau der Verkehrswege dann nicht komplett aus dem Bundeshaushalt nehmen statt die Maut zu erhöhen?*

Das wünschen sich Teile der Union. Es ist aber unrealistisch. Völlig daneben finde ich auch, dass Hessen die Gelder nur für Autobahnen und Bundesstraßen, nicht aber für die Schienen- und Wasserwege verwenden will. Von einer Verkehrsverlagerung ist bei der Union gar keine Rede mehr. Zu so etwas können die Grünen keine Hand reichen. Eine CDU, die für einen Rückfall in vormoderne Positionen steht, ist für Grüne kein Partner.

*Brauchen wir in Deutschland angesichts des steigenden Verkehrsaufkommens nicht mehr Straßen?*

Wir haben ein dicht geflochtenes Straßennetz. Für mich hat der Substanzerhalt Vorrang vor einem Neubau.

*Reicht Ihnen die jetzt geplante Mauterhöhung zum Klimaschutz eigentlich aus?*

Die Anreize zum Klimaschutz müssen perspektivisch sicher weiter verstärkt werden. Die Mauterhöhung der Bundesregierung ist aber ein guter erster Schritt.

*Gibt es eine Mehrheit im Bundesrat?*

Ich kann mir nicht vorstellen, dass sich die Länder den zusätzlichen Einnahmen komplett verweigern. Denn sie profitieren doch davon. Wenn die Union die Mauterhöhung ablehnt, gleichzeitig vom Bund aber mehr Geld für den Straßenbau fordert, dann klingt das für mich wie ein reines Wunschkonzert.

Das Gespräch führte Jörg Michel.